



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder des
CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Bericht des Landesgruppenvorsitzenden

Ausgabe: 20. WP/23-2
Anlass: Fraktionssitzung am 24. Januar 2023

**Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern**

Landesgruppenvorsitzender
Philipp Amthor MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

da die zurückliegende Sitzungswoche des Deutschen Bundestages neben einer grundlegenden **Debatte um Waffenlieferungen für die Ukraine** vor allem auch von schweren verfassungsrechtlichen Fragen rund um die notwendige **Wahlrechtsreform** und um das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur **Parteienfinanzierung** geprägt war, bitte ich um Verständnis, dass Sie der „Bericht des Landesgruppenvorsitzenden“ ausnahmsweise erst als etwas verspäteter „Nachbericht“ erreicht – an Aktualität hat er aber gleichwohl nichts eingebüßt. Ich wünsche gewohnt gute Lektüre!

Zur Vertiefung des Themas **Wahlrecht** darf ich herzlich auf meine Rede in der Leitdebatte zur Wahlrechtsreform verweisen, in der ich für unsere CDU/CSU-Bundestagfraktion unter anderem den Ampelvorschlag seziert habe. Für uns ist klar: Wer einen Wahlkreis gewinnt, muss auch in den Bundestag einziehen!

Für weitere Lesefreude empfehle ich außerdem eine prägnante Analyse zum Ampel-Vorschlag der „Kindergrundsicherung“, der wir den Vorschlag für ein **„Kinderchancengesetz“** entgegenstellen, sowie zur Grünen Woche auf einen Beitrag von Dietrich Monstadt und auf einen Beitrag von Simone Borchardt mit Überlegungen zur Migrationslage und zur Gesundheitspolitik.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Deutschen Bundestag

Philipp Amthor MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Anlage:

- Rede von Philipp Amthor MdB zum Wahlrecht (Link)
- Blitz-Briefing: Kinderchancengesetz (PDF, 2 Seiten)
- Beitrag von Simone Borchardt MdB (PDF, 3 Seiten)
- Beitrag von Dietrich Monstadt MdB (PDF, 2 Seiten)



Teil 1: Kernbotschaften der Woche

Wahlrechtsreform: Bundestag verkleinern – Bürgerstimme stärken

Die Ampel hat uns am 15. Januar 2023 „exklusiv und vertraulich“ einen Gesetzentwurf zur Wahlrechtsreform übersandt – und auch unmittelbar der Presse zugespielt. Diesen Gesetzentwurf hat die Ampelkoalition nun in den Bundestag eingebracht und wir beraten ihn in erster Lesung. Kern des Vorschlags der Ampel ist eine feste Begrenzung des Bundestages auf 598 Abgeordnete bei 299 Wahlkreisen. Die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag orientiert sich dabei allein an den abgegebenen „Hauptstimmen“. Überhang- und Ausgleichsmandate werden abgeschafft. Wenn in einem Bundesland mehr Direktmandate anfallen als einer Partei nach dem Hauptstimmenergebnis zustehen, werden diese überhängenden Direktmandate „gekappt“. Mit anderen Worten: ein gewonnener Wahlkreis ist noch längst kein gewonnener Wahlkreis. Manche Wahlkreise werden so ohne Abgeordneten in Berlin sein. Die Bürgerstimme wird also entwertet.

Wir verhandeln auf verschiedenen Ebenen mit der Ampel derzeit noch über einen möglichen gemeinsamen Weg hin zu einer Wahlrechtsreform, welche die Bürgerstimme erhält und die Größe des Deutschen Bundestags spürbar reduziert. In einem Antrag, den wir in dieser Woche ebenfalls in erster Lesung beraten, haben wir fünf Punkte für einen Kompromiss formuliert. Mit unseren Vorschlägen erhalten wir den Wert der Bürgerstimme. Wir stellen sicher, dass jeder Wahlkreis und jeder Bürger weiterhin einen Wahlkreisabgeordneten in Berlin hat. Der Deutsche Bundestag würde mit unseren Vorschlägen dennoch deutlich verkleinert und auf rund 600 Mandate reduziert. Die Zahl der Überhang- und Ausgleichsmandate würde nur so klein ausfallen, dass sie kaum ins Gewicht fallen. Dieses Wahlrecht wären wir bereit, in einem großen politischen Konsens schnell im Deutschen Bundestag zu beschließen.

Aktuelle Stunde: „Leopard-Blockade der Bundesregierung beenden“

Obwohl die Bundesregierung nunmehr eine Entscheidung über die Lieferung von Leopard-Kampfpanzern an die Ukraine getroffen hat, hat sich im Laufe der Woche klar gezeigt: Professionelle Kommunikation geht anders. Das haben wir auch im Rahmen einer „Aktuellen Stunde“ im Bundestag problematisiert.

Für uns ist klar: Es ist im direkten strategischen Interesse Deutschlands, dass die Ukraine sich gegen Russland behauptet. Sicherheit in Europa wird es auf absehbare Zeit nur geben können, wenn die politische und militärische Abwehr des russischen Großmachtstrebens gelingt. Daher musste nun der nächste Schritt zur Ertüchtigung der Ukraine erfolgen.



Mit dem Zögern und Zaudern in der „Leoparden-Frage“ hat der Bundeskanzler ein direktes strategisches Interesse Deutschland gefährdet. Insgesamt ist der außenpolitische Reputationsschaden des letzten Jahres enorm. Nicht nur die osteuropäischen und baltischen Alliierten zweifeln an unserer Verlässlichkeit. Die USA werden derzeit als „Feigenblatt“ für Eskalationsängste im Kanzleramt vorgeschoben. Das deutsch-französische Verhältnis befindet sich auf einem Tiefpunkt. Die Koalitionspartner streiten. Schlecht für Deutschlands Ansehen!

Leitantrag: „Europäische Antwort auf den US-Inflation Reduction Act“

Das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung („Inflation Reduction Act“) ist zu Anfang des Jahres in Kraft getreten. Es sieht massive Subventionen in dreistelliger Milliardenhöhe für Investitionen in Klimaschutz, erneuerbare Energien und saubere Technologien in den USA vor. In der EU werden Wettbewerbsverzerrungen und eine Verlagerung von Industrie nach Nordamerika befürchtet. Ein Vorschlag der EU-Kommission zur Reaktion auf das US-Gesetz zur Inflationsbekämpfung ist für den 1. Februar 2023 angekündigt. Angesichts der Förderung der Industrie in Nordamerika und der hier stark gestiegenen Energiekosten muss Europa nun seine Standortbedingungen und seine Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Bundesregierung und EU-Kommission müssen sich in Washington entschieden für eine Gleichbehandlung europäischer Unternehmen einsetzen. Die monatelange Untätigkeit der Bundesregierung gefährdet den Wirtschaftsstandort Deutschland und Europa. Seit Monaten warten Wirtschaft und unsere europäischen Partner auf eine klare Position der Bundesregierung zum U.S.-Gesetz zur Inflationsbekämpfung. Wir wollen in diesem Zusammenhang die Wettbewerbsfähigkeit von Europa stärken. Dazu zählt ein nationales und europäisches Belastungsmoratorium, eine Vertiefung insbesondere der transatlantischen Handelsbeziehungen und gezielte Anreize für Innovation und Investitionen in Europa.

Teil 2: Die Woche im Parlament

– Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –

Belarus in die europäische Völkerfamilie zurückführen

Die Bürger in Belarus haben sich im Sommer 2020 in ihrer überwiegenden Mehrheit für einen demokratischen Wechsel entschieden. Sie haben dem Regime von Lukaschenko das Vertrauen und die Unterstützung entzogen. Mit friedlichen Protesten und Massenstreiks haben sie ihren Wunsch nach einem



modernen, weltoffenen Land unterstrichen. Vom erzwungenen Exil aus setzen sich die demokratischen Kräfte, darunter vor allem Swetlana Tichanowskaja – die legitime Gewinnerin der Wahlen von 2020 – weiter für diesen Wandel ein. Auch im Land selbst setzen mutige Initiativen im Untergrund die Arbeit fort. Mit unserem Antrag „Belarus in die europäische Völkerfamilie zurückführen“ fordern wir, dass sich Deutschland weiterhin innerhalb der EU und in Abstimmung mit engen Partnern für harte und gezielte Sanktionen gegen den gesamten belarussischen Sicherheits- und Geheimdienstapparat einsetzt. Außerdem sollen den Opfern von Gewalt, Repression und Folter großzügige Unterstützung gewährt werden. Die Einreise für belarussische Staatsbürger, die nachweislich politisch verfolgt sind, ist zu erleichtern. Die Unterstützung für die demokratischen Kräfte, insbesondere für das von Swetlana Tichanowskaja geleitete Übergangskabinet im Exil, für die belarussische Zivilgesellschaft und für freie Medien ist unvermindert fortzusetzen und auszubauen.

Lateinamerika: Politische und wirtschaftliche Beziehungen stärken

Die EU und die vier Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay haben vor über 20 Jahren die Verhandlungen über ein gemeinsames Assoziierungsabkommen aufgenommen. Im Juni 2019 wurde eine politische Einigung über den Handelsteil des Abkommens erzielt. Mit dem Abkommen würde mit über 700 Millionen Einwohnern eine der größten Freihandelszonen der Welt entstehen. Mit unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine schnelle Ratifikation des EU-Mercosur-Assoziierungsabkommens einzusetzen. Ein solches Abkommen ermöglicht eine stärkere Diversifizierung und somit weniger Abhängigkeit von einzelnen Staaten.

Berufliche Ausbildung als Standbein des deutschen Mittelstands

In abschließender Beratung befassen wir uns mit dem von uns vorgelegten Antrag „Stärkung der beruflichen Bildung – Strukturierte Berufsorientierung ermöglichen und gleichwertige Qualifikationen konsequent sicherstellen“. Darin betonen wir die Bedeutung der beruflichen Ausbildung als einem Standbein des starken deutschen Mittelstandes. Um dem Fachkräftemangel zukünftig zu begegnen, muss die Attraktivität der beruflichen Bildung wie auch die Zusammenführung von Ausbildungsplatzbewerbern und Ausbildungsbetrieben gestärkt werden. In diese Richtungen zielt der Antrag und setzt die Maßnahmen fort, die unter der CDU/CSU-geführten Bundesregierung bereits in der vergangenen Legislaturperiode begonnen worden.



CO2-Abscheidungs-, Speicherungs- und Nutzungstechnologien

Deutschland hat sich verpflichtet, bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen. Das hat die unionsgeführte Regierungskoalition mit der Verschärfung des 2019 verabschiedeten Klimaschutzgesetzes im Jahr 2021 beschlossen. Bereits bis 2030 sollen die CO₂-Emissionen um 65 Prozent gegenüber 1990 sinken. Die Entscheidungen der Bundesregierung in der aktuellen Energiekrise machen es für Deutschland aber noch schwerer, die ambitionierten Klimaziele zu erreichen. Mit unserem Antrag „Carbon Capture and Storage (CCS) / Carbon Capture and Utilization (CCU) und Negativemissionen – Chancen für Klima, Industrie und Wohlstand“ fordern wir: CO₂-Abscheidung und -Speicherungs-technologien (CCS) und perspektivisch auch Nutzungstechnologien (CCU) sind mit Nachdruck voranzubringen. Wir verstehen sie als komplementäre Instrumente eines Innovationswettbewerbs. Sie ergänzen den für das Ziel der Klimaneutralität 2045 notwendigen und weiter zu beschleunigenden Ausbau der erneuerbaren Energien und energieeffizienter Produktionsprozesse, anstatt diese auszubremsen. Wir können uns den Luxus weiterer Entweder-oder-Debatten nicht mehr leisten. Die Ampel-Regierung ist jetzt gefordert, ihre „Carbon Management Strategie“ zügig vorzulegen. Eine wirkungsvolle CCS- und CCU-Strategie kann einen Schutzschirm für Klima, Industrie und Wohlstand bilden. Unser Antrag legt dafür 10 konkrete Punkte vor.

Nationale Wasserstrategie

Mit einem eigenen Antrag stellen wir die Wichtigkeit der Ressource Wasser in all ihren Facetten dar. Mit unserer Initiative machen wir deutlich, dass die Umsetzung der umfangreichen Strategie der Bundesregierung und des damit verbundenen Aktionsprogramms lösungsorientiert, nachhaltig, kooperativ und unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips zu erfolgen hat. Der Antrag wird noch rechtzeitig vor dem Kabinettsbeschluss in das Plenum eingebracht, um zentralistischen und ideologiegetriebenen Tendenzen des bisherigen Entwurfs der Nationalen Wasserstrategie entgegenzutreten. Gerade bei der öffentlichen Wasserversorgung müssen die regionalen Gegebenheiten im Sinne des Subsidiaritätsprinzips weiterhin ausschlaggebend sein – und eben nicht bundeseinheitliche Vorgaben. Unser Antrag legt die Mängel der Strategie der Bundesregierung offen und gibt der Exekutive Umsetzungsleitlinien mit auf den Weg.



Ökologische Leistung unserer Wälder anerkennen

Mit einem eigenen Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, die Leistungen des Ökosystems Wald – sowohl seine CO₂-Senkungsleistung wie auch seine Substitutionsleistungen nachhaltiger Holznutzung – besser anzuerkennen. Darauf aufbauend soll ein Honorierungssystem entwickelt werden, mit dem Waldbesitzer eine finanzielle Anerkennung für die vielfältigen Leistungen des Waldes erhalten. Abschließend wird die Bundesregierung aufgefordert, keine weiteren Extensivierungsmaßnahmen vorzunehmen. Sie soll sich EU-Ebene dafür einzusetzen, dass im Zuge der verschiedenen Strategien des Green Deals (wie Biodiversitätsstrategie bzw. EU-Waldstrategie für 2030) keine weiteren Flächen in den Wäldern stillgelegt werden, sondern für eine nachhaltige Bewirtschaftung erhalten bleiben.

Digitale Identitäten als Schlüssel zur Digitalisierung

Mit einem eigenen Antrag fordern wir: „Sichere digitale Identitäten schnellstmöglich in Deutschland einführen“. Die Ampelregierung hat zwar die digitalen Identitäten als eines der Hebelprojekte in ihrer Digitalstrategie benannt, setzt diese aber nicht ausreichend um. Die Bundesregierung darf nicht wie im gesamten Jahr 2022 bei dem wichtigen Thema „digitale Identitäten“ weiter untätig bleiben, sondern muss die in der vergangenen Legislaturperiode angestoßenen Projekte weiterentwickeln. Wir fordern die Bundesregierung daher unter anderem auf, noch im ersten Quartal 2023 eine Strategie für digitale Identitäten zu formulieren, die Zuständigkeiten für das Thema digitale Identitäten innerhalb Bundesregierung zu klären, und einen Rechtsanspruch der Bürgerinnen und Bürger auf Authentifizierung mit staatlichen Stellen durch eine digitale Identität ab dem 1. Januar 2025 einzuführen.

– Regierungsiniciativen und Plenargeschehen im Übrigen –

Jahreswirtschaftsbericht 2023

Zum Jahreswirtschaftsbericht 2023 wird Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck eine Regierungserklärung abgeben. Zudem debattieren wir über das Jahresgutachten 2022/23 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Der Bericht stellt die wirtschafts-, energie-, klima- und finanzpolitischen Schwerpunkte der Ampel dar. Zudem wird der Stand der Umsetzung in den einzelnen Schwerpunktbereichen skizziert. Wir sehen die bisherige Leistung der Ampel in der Wirtschaftspolitik sehr kritisch. Deutschland ist inmitten einer Energiekrise. Für 2023 gehen Experten von einer Rezession aus. Zu bewältigen sind kurzfristige Heraus-



forderungen (Inflation, hohe Energiepreise, gestörte Lieferketten etc.) als auch strukturelle Herausforderungen (relativ hohe Steuer- und Abgabenlast, wenig flexible Arbeitsmärkte, überbordende Bürokratie, zögerliche Digitalisierung, Fachkräftemangel, Klimaschutz etc.). Es geht um die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland, um Wachstum und unseren Wohlstand. Der Jahreswirtschaftsbericht 2023 liefert kein schlüssiges Gesamtkonzept, um die Konjunktur in Deutschland wieder dauerhaft anzukurbeln. Er legt einen starken Fokus auf Fragen der Energie und des Klimaschutzes, klassische Wirtschaftspolitik ist dagegen Fehlanzeige. Dazu passt, dass die Wachstumsmessung aufgeweicht wird, indem stärker Indikatoren der Nachhaltigkeit und Wohlfahrt berücksichtigt werden. Jetzt braucht es dringend neue wirtschaftspolitische Impulse für einen „Restart“ der Wirtschaft und einen anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung. Insbesondere sollte eine De-Industrialisierung Deutschlands vermieden und Unternehmen, vor allem des Mittelstands, gezielt entlastet werden.

Teil 3: Termine aus der Bundes- und Europapolitik

- 20.-29. Januar: Grüne Woche in Berlin
- 24. Januar: BVerfG: Urteil zur Parteienfinanzierung
- 24. Januar: Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst (Auftakt)
- 24.- 26. Januar: Tagung des Deutschen Städtetages
- 25. Januar: BK Scholz: Regierungsbefragung im Bundestag
- 26. Januar: Koalitionsausschuss
- 26. Januar: KAS-Energiekonferenz
- 27. Januar: Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus
- 27.-28. Januar: Tschechien: Stichwahl um das Amt des Staatspräsidenten
- 28.-31. Januar: BK Scholz: Südamerika-Reise (Brasilien, Argentinien, Chile)

* * *